

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismusforschung 2/2010

Andreas Fahrmeir: Revolutionen und Reformen. Europa 1789–1850

München: Verlag C.H. Beck Verlag 2010 (C.H. Becks Geschichte Europas), 304 S. mit 6 Abb. u. Karten.
ISBN: 978-3-406-59986-6

Jeder Geschichtsstudent kennt sie: die Nachschlagewerke, von denen die Dozenten raten, man möge sie sich anschaffen, da sie in der Bibliothek ohnehin ständig entliehen seien. Zu den Klassikern zählen das rote UTB „Handbuch der Geschichte Europas“, das von der frühen Antike bis in die Gegenwart reicht, oder der gräuliche Oldenbourg „Grundriss der Geschichte“, dessen mittlerweile mehr als 50 Bände sich nicht auf Europa beschränken, sondern neuerdings auch die außereuropäische Geschichte – gerade ist von Sabine Dabringhaus die „Geschichte Chinas“ in zweiter Auflage erschienen – miteinbeziehen. In Aufbau und Konzeption sind die Unterschiede geringfügig: Auf die Darstellung der Ereignisgeschichte folgt eine Einführung in die Forschungsdiskussionen der vergangenen Jahre, bevor im letzten Teil auf relevante Quellen sowie weiterführende Literatur hingewiesen wird.

Es war wohl nicht zuletzt der Verkaufserfolg von Oldenbourg und anderen, der nun den Münchener C.H. Beck Verlag dazu veranlasst hat, mit einer eigenen auf zehn Bände konzipierten und von namhaften Historikern und Kulturwissenschaftlern verfassten Reihe zur „Geschichte Europas“ an den Start zu gehen. Den Auftakt machte Hartmut Leppin mit einer Abhandlung zum europäischen „Erbe der Antike“, ihm folgte Luise Schorn-Schütte mit einem Band über die Konfessionskriege sowie die europäische Expansion in der Frühen Neuzeit. In beiden Fällen ging es den Autoren nicht darum, die historischen Verästelungen bis ins kleinste Detail nachzuzeichnen; vielmehr legten sie ihr Augenmerk auf die Ereignisse und Entwicklungen, die die Geschichte im von ihnen untersuchten Zeitraum nachhaltig prägten, wobei ihr Blickwinkel kein nationalstaatlicher, sondern ein europäischer war.

Dies entspricht dem Ansatz des Frankfurter Historikers Andreas Fahrmeir, der nun als dritten Band in der Reihe eine Geschichte Europas zwischen 1789 und 1850 vorgelegt hat. Wie er selbst eingangs betont befasst er sich darin vor allem mit der politischen Geschichte des frühen 19. Jahrhunderts, das in der Geschichtsforschung gemeinhin als Geburtsstunde des modernen Bürgertums, des liberal-demokratischen Nationalstaates und moderner industrieller Produktionstechniken in Europa gilt. Auch wirtschaftliche und soziale Aspekte berücksichtigt Fahrmeir, sie spielen jedoch eine nachgeordnete Rolle, was angesichts der Herausforderung, eine „*histoire totale*“ auf weniger als 300 Seiten zu bewerkstelligen, unvermeidlich ist.

Anders als manche seiner Kollegen erachtet Fahrmeir den Grad der Nationalisierung in Europa an der Schwelle vom 18. zum 19. Jahrhundert als eher gering. Nicht die Nation war für die meisten Menschen der primäre Bezugspunkt, sondern lokale Dorf- und Stadtgemeinschaften, die Region, in der man lebte, oder religiöse Loyalitäten. Von überregionalen Diskursen war die Mehrheit in den Bevölkerungen abgeschnitten, wenngleich es hier im Detail durchaus Unterschiede gab. So war um 1800 die Alphapetisierungsquote in Preußen und England höher, als etwa in Russland, Spanien oder Italien. Und auch der Durchbruch der Massenmedien, deren Bedeutung für die Stiftung nationaler Identität gar

nicht hoch genug bewertet werden kann, erfolgte erst gegen Mitte des 19. Jahrhunderts, nachdem wirtschaftliche Prosperität, unternehmerische Aufbruchstimmung und maßgebliche Innovationen in der Kommunikationstechnik das Umfeld dafür geschaffen hatten. Pionier auf diesem Gebiet war Großbritannien, wo sich am frühesten eine unabhängige Medienlandschaft – die Londoner *Times* wurde im Jahr 1785 gegründet – entwickelte.

Gleichwohl war die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts von einem tiefgreifenden Wandel geprägt, wie man ihn bis dahin in der Geschichte nicht gekannt hatte. Seine Auswirkungen beeinflussten das Leben der Menschen in ganz Europa – von Irland bis Russland, und von Skandinavien bis auf die iberische Halbinsel –, wenngleich die verschiedenen Regionen davon in unterschiedlicher Weise betroffen waren. Deutlich wurde dies unter anderem an der wirtschaftlichen Entwicklung in dieser Zeit: Industrialisierung und technischer Fortschritt erzeugten eine Dynamik, die Europa von Grund auf veränderte. Während sich jedoch Großbritannien um 1850 zum ersten Industrieland der Welt entwickelt hatte, in dem rund drei Viertel der Erwerbstätigen ihren Lebensunterhalt in gewerblicher Produktion, Handel, Verkehr und Dienstleistungen verdienten, und lediglich noch jeder Vierte in der Landwirtschaft beschäftigt war, ging der Wandel in anderen Teilen Europas deutlich langsamer von statten. In Frankreich arbeitete gegen Mitte des 19. Jahrhunderts noch jeder zweite erwerbstätige Mann in der Landwirtschaft, von anderen Gegenden – etwa in Irland oder Portugal – ganz zu schweigen.

War nun die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eine Folge der grundlegenden politischen Veränderungen in dieser Zeit, oder lieferte sie selbst die Voraussetzungen dafür, dass politischer Wandel überhaupt erst möglich wurde? Fahrmeir votiert klar für die erstgenannte Option. Zu wirtschaftlichen Wachstum kam es überall dort, wo der autoritäre Obrigkeitstaat, der Einfluss der Kirchen sowie die bürokratische Kontrolle von Zeitungen und Büchern ins Wanken gerieten – sei es durch politische Reformen wie in England, durch Revolutionen von unten wie in Frankreich oder von oben wie in vielen deutschen Staaten. Wo dies nicht der Fall war, sondern Reformen unterdrückt beziehungsweise gleich wieder zurückgenommen wurden, wie in Spanien, Italien, Russland oder Südosteuropa, blieb auch der ökonomisch-soziale Wandlungsprozess weitgehend aus. Demnach waren am Ende der europäischen „Sattelzeit“ – wie Reinhart Koselleck die Übergangsphase zwischen Früher Neuzeit und Moderne, sprich: die Jahre von 1750 bis 1850, einmal bezeichnet hat – die freiheitlichsten Gesellschaften in Europa auch die wohlhabendsten. Doch warnt Fahrmeir zu Recht davor, daraus eine politische Gesetzmäßigkeit ableiten zu wollen: zumal spätere Zeiten der europäischen Geschichte auch andere Schlüsse zuließen.

Florian Keisinger